



Die Kindheit ist ein Hürdenlauf, bei dem viele schwierige Aufgaben zu bewältigen sind. Kinder, die aufgrund ihrer sozialen Herkunft über die schwächste Sprungkraft verfügen, haben die höchsten Hürden zu bewältigen. Der Staat hat die fundamentale Verpflichtung, dies zu kompensieren. Das Bildungs- und Teilhabepaket wird dieser Aufgabe nicht gerecht.

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands

Professor Dr. Rolf Rosenbrock

Kinder verdienen mehr als das BuT

Verbandsumfrage zeigt: Das Bildungs- und Teilhabepaket ist gescheitert

„Wenn es in einer Kita oder Schule kein warmes Mittagessen gibt, bekommen Kinder aus benachteiligten Familien eben auch keines. In der Logik des SGB II wird nicht unterschieden zwischen einem nicht vorhandenen Angebot und einem fehlenden Bedarf. Wenn wir die Bildungs- und Teilhabechancen benachteiligter Kinder wirklich fördern wollen, brauchen wir völlig andere Ansätze. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz, damit vor Ort auch eine entsprechende Infrastruktur zur Förderung dieser Kinder geschaffen wird.“

Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands

Eine Umfrage des Paritätischen bei 180 sozialen Einrichtungen in 130 Kommunen zeigt: Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist nicht geeignet, der Benachteiligung von Kindern aus einkommensschwachen Familien wirksam zu begegnen. Der Verband diskutierte bei einer Tagung in Berlin mit Experten aus Praxis, Politik und Wissenschaft über das BuT und stellte sein Alternativkonzept „Kinder verdienen mehr“ vor.

Die Befragung des Paritätischen an der Basis macht deutlich: Das BuT hat aus Sicht der Praktikerinnen und Praktiker in Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen auch zwei Jahre nach seiner Einführung keine positiven Auswirkungen auf die Weiterentwicklung der Bildungs- und Teilhabeangebote vor Ort. Bereits bestehende Angebote wurden teilweise lediglich ersetzt, häufig aber sogar verschlechtert durch aufwendige

bürokratische Verfahren und höhere Hürden für die Inanspruchnahme wie etwa bei der Lernförderung. Große Teile des BuT laufen ins Leere, bei vielen der insgesamt 2,5 Millionen anspruchsberechtigten Kinder kommen die Leistungen nicht an.

„Das Bildungs- und Teilhabepaket ist ein stigmatisierendes und bürokratisches Konstrukt und vermag es nicht, die Bildungschancen benachteiligter Kinder zu verbessern“, betonte Professor Dr. Rolf

ontrovers diskutierten
vertreterinnen der Bundes-
agsfraktionen das Bildungs-
nd Teilhabepaket und
lternativvorschläge mit Dr.
Ulrich Schneider, Haupt-
eschäftsführer des
paritätischen Gesamtver-
bands (rechts). Die Teilneh-
menden – von links: Ingrid
Fischbach (CDU/CSU-Frak-
tion), Elke Ferner (SPD),
Moderator Werner
Liese (Geschäftsführer
des Paritätischen
Gesamtverbands), Sybille
Laurischk (FDP), Diana
Golze (Die Linke),
Ekin Deligöz (Bündnis
90 | Die Grünen).
Fotos: Denise Zimmermann



Das Bildungs- und Teilhabepaket funktioniert nicht, weil es keine Verbindung zur Lebenswirklichkeit der Menschen hat. Der Hilfe- und Unterstützungsansatz muss in den Mittelpunkt und nicht die Frage: Welche Verwaltungsstruktur muss ich bedienen, damit ich zu meiner Leistung komme? Wir in Lübeck schauen uns die ganze Problematik aus der Sicht des Kindes an.

**Jan Lindenau, Mitglied der
Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck**

Wir hatten vorher das NRW-Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Da lief das alles ganz unbürokratisch. Die Kitas mussten nur eine Liste abgeben. Den Eigenanteil von einem Euro, den jetzt die Eltern zahlen müssen, hat die Stadt übernommen. Jetzt müssen wir als Träger das Geld eintreiben – was oft nicht möglich ist – und bleiben auf einem Teil der Kosten sitzen.

**Cornelia Kavermann, Geschäftsführerin
der AG Soziale Brennpunkte in Bottrop**

Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands. Seine Kritik untermauerten zwei Praxisexperten. Cornelia Kavermann, Geschäftsführerin der AG Soziale Brennpunkte in Bottrop, schilderte an vielen Einzelbeispielen sehr anschaulich, wie hoch die Hürden für die Inanspruchnahme der Förderleistungen sind und welcher Aufwand für die Träger sozialer Einrichtungen entstanden ist.

Es geht auch anders

Jan Lindenau, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, stellte das Lübecker Modell vor. In der Hansestadt wurde bereits 2008 ein Bildungsfonds etabliert mit dem Ziel, für alle Kinder gute Startchancen zu schaffen. Nach der Einführung des BuT habe man befürchtet, „jetzt geht unser System unter“, sagte das Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. Doch mit Courage und Unkonventionalität gelang es, BuT und Bildungsfonds einigermaßen miteinander kompatibel zu machen und die Bundesmittel in den Fonds einfließen zu lassen. Herausgekommen ist eine Praxis, bei der die Kinder, so Lindenau, gar nicht merken, dass sie von ei-

nem Förderprogramm unterstützt werden. Möglich macht dies ein denkbar unbürokratisches Antrags- und Abrechnungsprozedere. Die Fondslösung erlaubt zudem Einzelfallentscheidungen, die an der Lebenswirklichkeit der Kinder orientiert sind und mit dem BuT unmöglich wären. Das Ergebnis: Rund 65 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder erhalten Förder- und Teilhabeleistungen.

Übereinstimmung und Kontroverse

Wie und warum die einzelnen Komponenten – vom warmen Mittagessen über Gutscheine für Nachhilfe bis zur Kostenübernahme bei Klassenausflügen – ankommen oder eben nicht, beleuchteten in einer Expertenrunde Professor Dr. Johannes Münder (SOS Kinderdorf), Verena Göppert (Deutscher Städtetag), Dr. Dietrich Engels (Institut für Sozialforschung) und Gerda Holz (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik). In einer weiteren Runde diskutierten Politikerinnen der Bundestagsfraktionen mit Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, den Reformbedarf. Während Ingrid Fischbach (CDU/CSU) das derzeitige Konzept

des BuT im Wesentlichen verteidigte und den Abbau von Bürokratieproblemen in Aussicht stellte, unterstützten Elke Ferner (SPD) und Diana Golze (Die Linke) die Forderungen des Paritätischen, im Kinder- und Jugendhilfegesetz einen Rechtsanspruch auf Teilhabeleistungen zu verankern und den Kinderregelsatz im SGB II bedarfsgerecht anzupassen. Ekin Deligöz (Bündnis 90/Die Grünen) sprach sich für Ganztagsbetreuung in Kita und Schule und eine Kindergrundversicherung aus. Auch Sybille Laurischk (FDP) will ein „Kinderbasisgeld“.

Broschüre und Film

Unter dem Titel „Anspruch nicht eingelöst“ veröffentlicht der Paritätische die Ergebnisse seiner ersten bundesweiten Umfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket. Die Broschüre kann gratis bestellt werden per E-Mail an kommunales@paritaet.org. Zum Download steht sie auf www.kinder verdienen-mehr.de. Dort gibt es unter „Zwischenbilanz“ auch Filmmitschnitte der politischen Diskussionsrunde.